

2015-02-17

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 27.11.2014

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:35 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Sachkundiger Bürger

Heinrich, Evelin

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Hunger, Jörg Dr.

Ausländerbeauftragter

Ibanez Vaca, Harold

Unentschuldig

Seniorenbeauftragter

Scholz, Klaus

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung wurde von **Herrn Puttkammer** eröffnet. Er stellte die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit durch 7 anwesende und stimmberechtigte Stadträte fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur vorliegenden Tagesordnung gab es keine Änderungsvorschläge oder Anmerkungen.

Herr Puttkammer gab die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Ja 7 / Nein 0 / Enthaltungen 0

Der Tagesordnung wurde zugestimmt.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.10.2014

Zur Niederschrift vom 16.10.2014 gab es keine Änderungsvorschläge oder Hinweise.

Herr Puttkammer gab die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Ja 6 / Nein 0 / Enthaltungen 1

Der Niederschrift wurde zugestimmt.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 16.10.2014 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

5 Öffentliche Anfragen und Informationen

Ab Tagesordnungspunkt 5 waren 9 stimmberechtigte Stadträte anwesend.

Hinsichtlich der zunehmenden Flüchtlingszahlen in Deutschland erfragte **Frau Lüdemann** die aktuellen Zahlen für Dessau-Roßlau und ob die dezentrale Unterbringung weiter gewährleistet werden kann. **Herr Dr. Raschpichler** gab an, dass man die zugewiesenen Personen weiterhin dezentral unterbringen will. Im Jahr 2015 soll mit der DWG ein fester Wohnungsbestand vertraglich vereinbart werden. Er erklärte außerdem, dass die Integrationsbemühungen der Stadt weiter intensiviert werden müssen. Hinsichtlich der Aufnahmezahlen merkte er an, dass man mittlerweile die vom Landesverwaltungsamt vorgegebene Quote erfüllt, sprach sich aber für eine zukünftig engere Zusammenarbeit von Bund und Länder mit den Kommunen aus. Man

müsste diskutieren ob es zielführend sei Personen ohne geklärten Aufenthaltsstatus auf die Kommunen zu verteilen. Weiterhin sollte bei der Verteilung intensiver auf die regionalen Gegebenheiten und Belastungsgrenzen der Kommunen geachtet werden. Er betonte, dass die dezentrale Unterbringung Integrationsmöglichkeiten schafft und dem sozialen Frieden in der Stadt dient. **Frau Paesold** gab an, dass aktuell 59 Familien mit 250 Personen und 85 Einzelpersonen in Dessau-Roßlau leben. Sie ergänzte, dass es sich hierbei nur um nicht dauerhaft bleibeberechtigte Personen handelt. Dies ist der Personenkreis bei dem die Asylverfahren noch nicht abgeschlossen sind bzw. eine Rückführung in die Heimatländer aufgrund humanitärer Gründe noch nicht möglich ist. Personen, die durch andere Programme in die Bundesrepublik einreisen und dadurch einen Anspruch auf andere Sozialleistungen haben und privatrechtlich mieten dürfen werden nicht durch das Amt für Soziales und Integration erfasst. Hinsichtlich der Unterbringung erklärte sie, dass die Wohnungen seitens des Amtes auch komplett mit Mobiliar ausgestattet werden. Bedarfe bestehen im Einzelfall bei der Bekleidung oder Spielsachen für Kinder. Nach Auszug der Familien werden Wohnungen und Ausstattungsgegenstände für neu aufzunehmende Personen wiederverwendet.

Frau Perl fragte in welcher Form die asylsuchenden Personen sozial betreut werden. Weiterhin erfragte sie ob die unterzubringenden Personen gleichmäßig auf das ganze Stadtgebiet verteilt werden und um welches Mietsegment es sich dabei handelt. **Herr Dr. Raschpichler** erklärte, dass sich die von der Stadt angemieteten Wohnungen auf das gesamte Stadtgebiet verteilen. Personen die einen entsprechenden Bleiberechtsstatus erlangen, sollen im Rahmen eines Überleitungsmanagements bei der privatrechtlichen Anmietung von Wohnraum und bei der Überleitung in andere Leistungssysteme unterstützt werden. Hinsichtlich der Betreuung dieses Personenkreises sei zu klären ob man eine gesonderte Betreuung anbietet oder ob die vorhandenen und für alle Bürger zugänglichen Betreuungssysteme genutzt werden. Für Personen mit einem ungeklärten Aufenthaltsstatus ist die Betreuung seitens der Stadtverwaltung vertraglich mit der St. Johannis GmbH geregelt. Die DWG hat zusätzlich eine Kooperationsvereinbarung mit dem Multikulturellen Zentrum abgeschlossen.

Frau Lüddemann erfragte anschließend die Aufnahmepronosen für das Jahr 2015. **Frau Paesold** erklärte, dass eine Prognose vorliegt und diese sich bis jetzt den Zahlen für das Jahr 2014 ähneln. Sie verwies auf die Zahl die in der letzten Sitzung im nicht öffentlichen Teil genannt wurde.

Hinsichtlich der von Herrn Dr. Raschpichler angesprochenen integrativen Betreuung erfragte **Frau Andrich** welche Sprachkursangebote es gibt. **Herr Dr. Raschpichler** gab an, dass man diesbezüglich im engen Kontakt mit der Volkshochschule steht. In diesem Zusammenhang erklärte er, dass man momentan auch diskutiert ob es zweckmäßig sei schulpflichtige Kinder von ausländischen Familien in den bestehenden Schulablauf zu integrieren. In der Vergangenheit stellte dies oftmals ein Problem für beide Seiten dar. Er sprach sich für die Entwicklung eines Modellprojektes aus, bei dem die Kinder unabhängig vom laufenden Schuljahr an den Schulalltag herangeführt werden. Dafür sei auch die Unterstützung des Landes notwendig.

Bezüglich der dezentralen Unterbringung der Asylbewerber erfragte **Herr Berghäuser**, ob es hinsichtlich der Verteilung auf die einzelnen Stadtbezirke eine Übersicht

gibt. **Frau Paesold** erklärte, dass es eine Übersicht über die vom Amt angemieteten Wohnungen existiert. Gemeinsam mit der DWG achte man darauf, dass nicht mehr als 2 Familien in einzelnen Wohnobjekten untergebracht werden. Aufgrund der Aufnahmesituation im Sommer ergab sich eine Konzentration in den Objekten am Schloßplatz. Momentan würde man diese wieder auflösen. Eine Übersicht zur Verteilung auf die Stadtbezirke könnte im nichtöffentlichen Teil der der nächsten Sitzung ausgegeben werden.

Herr Puttkammer merkte an, dass bei den unterschiedlichen Flüchtlingsströmen die Kriegsflüchtlinge eine gesteigerte Priorität genießen sollten. Hinsichtlich der steigenden Unterbringungszahlen sei es wichtig, dass auch die anderen Wohnungsunternehmen der Stadt mitwirken. Wichtig sei es auch, die DWG bei der Betreuung und Beratung dieses Personenkreises weiterhin zu unterstützen. Der Ballung dieser Personengruppen in einigen Stadtgebieten sollte man entgegenwirken indem man die Integration in die bestehenden Hausgemeinschaften intensiviert. An dieser Stelle ist das Zusammenwirken der einzelnen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Träger, entscheidend. Bezüglich der Beschulung der Kinder erklärte er, dass die Integration in bestehende Schulklassen nicht funktioniert. Eine neue Form des Unterrichts für diese Kinder sei sinnvoll. Weiterhin bat er Herrn Dr. Raschpichler sich um die Teilnahme der Integrationskoordinatorin Frau Wohlfahrt an den Ausschusssitzungen zu bemühen. **Herr Dr. Raschpichler** erklärte, dass er sich darum kümmern wird. **Herr Puttkammer** machte außerdem den Vorschlag, die Thematik in einem der nächsten Ausschüsse zum Schwerpunkt zu machen.

Frau Sanftenberg stellte fest, dass die Beschulung von ausländischen Kindern bereits in der letzten Legislaturperiode thematisiert wurde und erfragte diesbezüglich den aktuellen Sachstand. **Herr Dr. Raschpichler** gab an, dass es bereits ein Sprachklasse gibt. Es sei nun zu klären, in welcher Form man Kinder, die im laufenden Schuljahr nach Deutschland kommen, unterrichtet.

Herr Herbst merkte an, dass es auch wichtig sei den Leistungsstand der Kinder zu ermitteln, da die Zeugnisse meist wenig aussagekräftig sind. **Herr Dr. Raschpichler** gab an, dass dies ebenfalls in den Gesprächen mit den Landesbehörden thematisiert wird.

Herr Busch erfragte, ob es richtig sei, dass die Trägerschaft der Kleinen Arche auf die Stadt übergehen soll. **Herr Dr. Raschpichler** gab an, dass dies nicht der Fall sei. Hinsichtlich des Nachfolgeprogrammes zum auslaufenden Programm Bürgerarbeit erfragte **Herr Busch** den aktuellen Sachstand. **Herr Dr. Raschpichler** erklärte, dass die vom Bund angebotene Lösung nicht den Erwartungen der ostdeutschen Kommunen entspricht, da sich dadurch das Problem der manifestierten Langzeitarbeitslosigkeit nicht löst. Momentan arbeite man daran Einsatzmöglichkeiten für Personen die vom Jobcenter vorgeschlagen wurden auf dem ersten Arbeitsmarkt, insbesondere bei städtischen Unternehmen, zu finden. Er merkte an, dass er dem nahtlosen Übergang in eine Folgebeschäftigung skeptisch gegenübersteht, schließt dies aber nicht vollständig aus.

Hinsichtlich der Online-Umfrage zur Studie „Jenseits der 60 – Wie wollen wir leben?“ merkte **Frau Andrich** an, dass keine Frage zum Haushaltseinkommen gestellt wurde. **Herr Puttkammer** verwies auf die letzte Sitzung und erklärte, dass dies bereits

ausführlich diskutiert wurde. **Frau Perl** verwies zusätzlich auf eine Studie des Deutschen Mieterbundes aus dem Jahr 2011.

Herr Puttkammer berichtete über die Teilnahme an einer Fortbildungsveranstaltung des städtischen Klinikums zum Thema Ebola.

Weiterhin informierte **Herr Puttkammer**, dass ein Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Soziales in den neu zu bestellenden Beirat für Menschen mit Behinderung berufen werden soll. Er bat die Mitglieder des Ausschusses um Rücksprache in ihren Fraktionen bis zur nächsten Sitzung.

6 Beschluss- und Informationsvorlagen

6.1 Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung 2014 - Leistungen nach § 1 Asylbewerberleistungsgesetz Vorlage: BV/282/2014/V-50

Hinsichtlich der vorhergegangenen Diskussion zur Thematik gab es zur Beschlussvorlage keine weiteren Anmerkungen und Fragen.

Herr Puttkammer gab die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Ja 9 / Nein 0 / Enthaltungen 0

6.2 1. Änderung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Dessau-Roßlau (INSEK) - Billigung Entwurf und Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: BV/332/2014/VI-61

Herr Berghäuser erfragte den Status der Beschlussvorlage für den Ausschuss für Gesundheit und Soziales. Obwohl es sich um eine Beschlussvorlage handelt sei sie für den Ausschuss nur zur Information. **Herr Puttkammer** erklärte, dass er die Vorlage als Informationsvorlage betrachten würde, da darüber letztendlich im Stadtrat abgestimmt wird. Die Mitglieder des Ausschusses stimmten dem zu.

Hinsichtlich der Formulierung „*Neue Sportanlagen mit überörtliche Ausstrahlung sollen in der Innenstadt verortet sein oder müssen zumindest an einen angemessenen nachhaltig gesicherten Personennahverkehr angebunden sein*“ erklärte **Herr Puttkammer**, dass man damit die Vororte der Stadt grundsätzlich als Standort ausschließt. Aufgrund der Vereinstraditionen in vielen Vortorten sei dies seiner Meinung nach nicht der richtige Ansatz. Bezüglich des Standortes der neuen Schwimmhalle merkte **Herr Pietzsch** an, dass diese nur in der Innenstadt verortet werden kann. Diesbezüglich erklärte **Herr Busch**, dass bei dem jetzigen Standort der neuen Schwimmhalle die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr nicht gegeben sei. Eine Stärkung der Innenstadt sei auch nicht gegeben. **Frau Andrich** erklärte, dass der Standort der neuen Schwimmhalle zum innenstädtischen Bereich gehört. Eine Verbesserung der Verkehrsanbindung müsse durch den Stadtrat beschlossen werden. Hinsichtlich der von Herrn Puttkammer beanstandeten Verortung von Sportanlagen in der Innenstadt gab sie an, dass im INSEK auch die Unterstützung von Freizeitangeboten in den Ortschaften vorgesehen sei. **Herr Puttkammer** erklärte, dass es ihm nicht um den Standort der Schwimmhalle geht. Für ihn sei die generelle Bevorzugung der Innenstadt im INSEK ein Problem. **Frau Lüddemann** merkte an, dass sie in der Formulierung eher eine Unterstützung der Vororte versteht. Falls eine Sportanlage außerhalb der Innenstadt eingerichtet wird, ist durch das INSEK eine Anpassung des öffentlichen Nahverkehrs vorgegeben. **Herr Dr. Raschpichler** erklärte, dass sich diese Anpassung des INSEK aus der Diskussion um den Standort der Schwimmhalle ergeben hat. Unbeachtet dieser Debatte soll es auch zukünftig verschiedenste Sport- und Freizeitangebote in den Vororten geben.

Es gab keine weiteren Anmerkungen oder Fragen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

9 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 17:35 Uhr von **Herrn Puttkammer** geschlossen.

Dessau-Roßlau, 17.03.15

